

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag 1559/A(E) der Abgeordneten Karl Öllinger, Kolleginnen und Kollegen betreffend pflegende Kinder und Jugendliche

Die Abgeordneten Karl **Öllinger**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. Mai 2011 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Wie viele Kinder in Österreich Angehörige pflegen, kann nur geschätzt werden, Schätzungen zu Folge dürfte es etwa 25.000 Kinder und Jugendliche geben, die sich um ihre kranken Eltern kümmern. Die Krankheit eines Elternteils belastet auch die Kinder. Die Sorge um eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Mutter oder Vater begleitet die Kinder und Jugendlichen tagtäglich. Einfach abschalten und Kind sein ist neben der Pflege und Unterstützung der Eltern nur schwer möglich.

Von einer unbeschwerten Kindheit können diese Kinder oft nur träumen. Meist helfen und unterstützen Sie ihre Eltern bei vielen alltäglichen Dingen. Das hat auch große Auswirkungen auf ihr eigenes Leben. Sie können nicht so einfach Freundinnen und Freunde treffen, weil ihre Eltern sie brauchen. Der Großteil dieser minderjährigen pflegenden Angehörigen ist noch schulpflichtig. Leistungsabfall und Konzentrationsproblem in der Schule können die Folge dieser für Kinder besonders fordernden und oft auch sehr belastenden Situation sein.

Oft ist weder den handelnden Personen im Gesundheitswesen noch den LehrerInnen in den Schulen diese spezielle Situation, in der sich pflegende Kinder und Jugendliche befinden bekannt oder bewusst. Daher braucht es eine Sensibilisierung bei ÄrztInnen, dem Pflegepersonal, LehrerInnen, JugendarbeiterInnen und SozialarbeiterInnen für diese Thematik. Die besondere Situation von pflegenden Kindern und Jugendlichen sollte in allen Ausbildungen für Gesundheits- und Sozialberufe nicht nur Erwähnung finden, es sollte auch aufgezeigt werden, in welcher Form diese Personengruppe am besten unterstützt werden kann. Denn nur wenn es eine Sensibilisierung für die Situation von pflegenden Kindern und Jugendlichen gibt, dann können auch spezifische Unterstützungs- und Entlastungskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

In Großbritannien gibt es ‚young carers projects‘. Das sind Projekte, die pflegenden Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten sich mit Gleichaltrigen in einer ähnlichen Situation auszutauschen und organisierte Freizeitaktivitäten in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus gibt es in Großbritannien eine Reihe von Studien, die sich mit pflegenden Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Darüber hinaus gibt es sowohl im Gesetz als auch bei den Handlungsanleitungen in den Gesundheits- und Sozialberufen Richtlinien im Bezug auf die Unterstützung von pflegenden Kindern und Jugendlichen. In Österreich gibt es bis jetzt noch keine vergleichbaren Initiativen.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 28. Juni 2011 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Karl **Öllinger** die Abgeordneten Bernhard **Vock**, Dr. Franz-Joseph **Huainigg**, Ridi Maria **Steibl**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Ursula **Haubner** und Karl **Donabauer** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf **Hundstorfer**.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Karl **Öllinger**, Renate **Csörgits**, Ridi Maria **Steibl**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein** und Ursula **Haubner** einen Abänderungsantrag eingebracht, der wie folgt begründet war:

„Der Antragstext wurde lediglich in stilistischer Hinsicht verändert sowie ein Datum hinzugefügt. Inhaltlich gibt es zum ursprünglichen Antrag keine Veränderung.“

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages der Abgeordneten Karl **Öllinger**, Renate **Csörgits**, Ridi Maria **Steibl**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein** und Ursula **Haubner** einstimmig beschlossen.

Zur Berichterstatteerin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Ridi Maria **Steibl** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2011 06 28

Ridi Maria Steibl

Berichterstatteerin

Renate Csörgits

Obfrau